

Fraktion Die Linke im Rat der Stadt Hildesheim

Fraktionsantrag		Vorlage-Nr: 25/029
Federführend: Fraktion Die Linke		Status: öffentlich Datum: 20.01.2025 Verfasser/in: Die Linke
Auf Antrag der Fraktion Die Linke: Sachstandsbericht zu den Auswirkungen der angekündigten Stellenstreichungen bei Bosch auf die Stadt Hildesheim		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
29.01.2025	Ausschuss für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Liegenschaften	Information

Sachverhalt:

Die Verwaltung wird gebeten, die folgenden Punkte in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Liegenschaften am 29.01.2025 zu behandeln und entsprechende Informationen vorzubereiten:

1. Folgen für die Stadt Hildesheim:

- Mit welchen wirtschaftlichen und sozialen Folgen rechnet die Stadtverwaltung, falls Bosch die angekündigten massiven Stellenstreichungen umsetzt?
- Welche Auswirkungen werden insbesondere auf den Arbeitsmarkt und die Beschäftigungssituation in der Region erwartet?

2. Finanzielle Auswirkungen auf den städtischen Haushalt:

- In welchem Umfang könnten die geplanten Stellenstreichungen zu Einbußen bei Gewerbesteuerereinnahmen und weiteren Einnahmen der Stadt führen?
- Welche zusätzlichen Belastungen für den Haushalt könnten entstehen (z. B. durch erhöhten Bedarf an sozialen Leistungen)?

3. Instrumente der Stadt Hildesheim:

- Welche Möglichkeiten sieht die Stadt Hildesheim, auf Bosch einzuwirken, um den Stellenabbau zu verhindern oder abzumildern?
- Welche Gespräche wurden bisher mit dem Unternehmen geführt, und welche Ergebnisse haben diese erbracht?

4. Aktuelle Schritte der Stadt:

- Welche konkreten Maßnahmen hat die Stadtverwaltung bereits ergriffen, um die Stellenstreichungen zu verhindern oder deren Auswirkungen abzufedern?
- Bestehen Pläne, weitere Gespräche mit dem Management von Bosch, den Arbeitnehmervertretungen und anderen relevanten Akteuren zu führen?

Begründung:

Bosch ist ein zentraler Arbeitgeber in Hildesheim. Die angekündigten Stellenstreichungen hätten massive Auswirkungen auf die betroffenen Arbeitnehmer*innen, ihre Familien und die

wirtschaftliche Stabilität der Region. Die Stadtverwaltung muss daher frühzeitig auf die Situation reagieren und alle möglichen Mittel ausschöpfen, um die Beschäftigungsverluste zu verhindern oder abzufedern. Auch die finanziellen Konsequenzen für den städtischen Haushalt und die Möglichkeiten, Einfluss auf die Unternehmensentscheidungen zu nehmen, müssen umfassend analysiert und öffentlich diskutiert werden.

Wir fordern daher, diesen Punkt auf die Tagesordnung des nächsten Finanzausschusses zu setzen und die genannten Fragen zu klären.